

Begrüßung 2. Kölner Defence Round Table

22. Juni 2010

Meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserem Defence Round Table und freue mich, dass Sie sich in politisch und wirtschaftlich bewegten Zeiten die Zeit genommen haben, sich gemeinsam mit uns mit Themen zu beschäftigen, deren Relevanz mit Sicherheit nicht geringer wird, ganz gleich, was in den nächsten Monaten für Entwicklungen zu konstatieren sein werden. Zum Round Table gehören alle Seiten, und deswegen freue ich mich besonders, Vertreterinnen und Vertreter des BWB und auch des Bundesministeriums für Wirtschaft begrüßen zu dürfen.

Ganz besonders herzlich begrüße ich Herrn Michael Walter von der EADS, der uns Gelegenheit geben wird, an seinem großen Erfahrungsschatz im Bereich wehrtechnischer Beschaffung zu partizipieren.

Schließlich möchte ich William Barron herzlich begrüßen. Er hat als US-Counsel Rheinmetall und KMW erfolgreich dabei unterstützt, eine Gelegenheit zur Beteiligung am Programm GCV IFV der U.S. Army für deren Gefechtsfahrzeug der Zukunft zu erarbeiten. Welcome to Cologne, Bill.

Offenbar beflügelt durch die Tatsache, dass spätestens während einer Fußballweltmeisterschaft jeder Deutsche sich der Bürde und der Last stellt, Bundestrainer zu sein, bemerke ich – nicht nur mit Vergnügen – dass die Zahl derer, die Verteidigungsminister spielen möchten oder wenigstens sicherheitspolitische Spezialisten zu sein behaupten, sprunghaft steigt. Die dabei geäußerten Auffassungen und Ratschläge sind nicht alle von aktueller Sachkunde geprägt. So bleibt einem kaum mehr übrig, als dankbar dafür zu sein, dass überhaupt eine längst überfällige Diskussion über unsere Streitkräfte geführt wird.

Erlauben Sie mir hierzu einige kurze Anmerkungen, die auch für die Themen des heutigen Tages und für unsere Industrie von Bedeutung sind:

1. Die Diskussion über die Wehrpflicht hat in zweierlei Hinsicht eine völlig andere Dimension als vor 50 Jahren. Es geht offensichtlich nicht mehr darum, hinreichend viele junge Männer den Streitkräften zur Verfügung zu stellen, um zum einen die Personalstärke der Bundeswehr in einem Kalte Krieg-Szenario im Frieden und im Verteidigungsfall sicherzustellen, und zum anderen, durch den frischen Zustrom junger Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu verhindern, dass militaristische Umtriebe wieder entstehen. Auch das Konzept der inneren Führung bedarf nicht mehr der konfliktreichen Durchsetzung, sondern der wachsamten Pflege.

Deswegen sind alle ideologischen Ansätze bei der Diskussion über die Wehrpflicht verfehlt. Die Abschaffung der Wehrpflicht gar als verfassungsrechtlich unzulässig zu brandmarken, ist ein Argument, das juristischer Argumentation nicht standhalten kann.

Jenseits dessen hätten eine allgemeine Wehrpflicht und der Grundwehrdienst weiterhin Bedeutung deswegen, weil junge Männer – warum heute eigentlich nicht auch junge Frauen – mit Dienst für die Gemeinschaft einen Solidarbeitrag leisten, der – Stichwort „Ehrenamt“ – zu Recht und ganz allgemein in dieser Gesellschaft eingefordert wird.

Der Wehrpflicht widerfährt aber nichts Gutes, wenn man den Wehrpflichtigen keine Chance mehr bietet, für diesen Staat einen spürbar positiven, man kann auch sagen produktiven

Beitrag zu leisten. Innerhalb einer Gesamtdienstzeit von 6 Monaten minus einer Woche Urlaub ist eine sinnvolle Ausbildung und eine darauf aufsetzende Verwendung in den Streitkräften nicht zu erreichen. Ich habe alle Grundwehrdienstzeitenperioden erlebt. In Zeiten, da 15 Monate Grundwehrdienst galten, habe ich als Einheits- und Verbandsführer die Möglichkeiten der Verwendung von W 15 ebenso erfahren, wie deren Grenzen, die sich aus der Zeit 15 Monate ergaben. Selbst wenn in der Ausbildung Potential für Effizienzgewinne liegen mag, sind seit den 80iger Jahren die Anforderungen an die Ausbildungstiefe keineswegs gesunken. Wer also Wehrpflicht befürwortet und für sie eintreten will, der muss dann auch hinreichend lange Grundwehrdienstzeiten fordern. Ich sehe nicht, dass dies geschieht. Es könnte auch niemand bezahlen.

Eine sechsmonatige Wehrpflicht stellt ausschließlich eine Strukturbelastung für die Streitkräfte dar und bindet Führer und Unterführer, die im Einsatz und an anderer Stelle in den Streitkräften fehlen.

2. Ein deutscher Ministerpräsident hat in Bezug auf Sparmöglichkeiten, die durch die Haushaltslage erzwungen sind, bereits Pflöcke eingeschlagen, indem er für Dienstposten und Standorte in seinem Bundesland zu fechten begann. Sollte sich die Diskussion insgesamt in dieser Ecke, also der Sicherung von soldatischer Kaufkraft zu Nutzen regionaler Wirtschaft, festmachen, wird die Bundeswehr Schaden nehmen. Ich hoffe dringend, dass die Kommission unter Herrn Weise und der Bundesminister der Verteidigung den Mut haben werden, nicht nur von allem ein bisschen weniger zu nehmen, nicht mit Umfangszahlen zu hantieren, nur weil es haushaltsarithmetisch passt, sondern eine an nationalen und internationalen Bedürfnissen orientierte Beurteilung der Lage zu treffen und dann die Bundeswehr so neu zu erfinden, wie diese es verdient hat. Dazu gehören Fragen nach der für die sicherheitspolitische Vorgabe richtigen Komposition der Streitkräfte, der Personalstruktur, nach einem Dienstrecht, das geeignet ist, die Personalstrukturanforderungen zu erfüllen; dazu gehört auch, mutig Abschied von unbezahlbaren Zierleuten und Ausrüstungsfolklore zu nehmen – deren gibt es mehr, als man hofft, von Mulis über Musikkorps bis zu Segelschulschiffen. Und es geht um eine Ausrüstung und Ausstattung, die gleichermaßen den Einsatzerfolg sicherstellt und der Truppe Schutz garantiert. Innovationszyklen von mehr als 30 Jahren für Hauptgerät sind genauso unakzeptabel wie Entwicklungszeiten von über 10 Jahren und müssen drastisch verkürzt werden.

Damit sind wir genau bei den Themen, die wir uns diesseits der strategischen Diskussion für heute vorgenommen haben.

Die haushaltsrechtlichen Vorspannungen und die damit einhergehende Inflexibilität bei Vertragsdurchführung und Gewährleistungsmaßnahmen verdienen Aufmerksamkeit und eine der Stellschrauben, die wir sehen, stellt Herr Kollege Dr. Hilber vor. Unsere Vorschläge beruhen dabei nicht auf Theorie, sondern auf guten Erfahrungen, die wir für und gegen Beschaffungsbehörden dritter Staaten gesammelt haben.

Herr Michael Walter wird sich mit Praxisproblemen mit der öffentlichen Preis- und Vertragspolitik auseinandersetzen. Ohne ihm vorgreifen zu wollen, merke ich dazu an, dass in sehr vielen Fällen, jedenfalls wenn es um Großvorhaben geht, der Zeitpunkt, zu dem Verträge über die Beschaffung von wehrtechnischem Gerät geschlossen werden, und die darin vereinbarten Ausführungsfristen nicht oder nicht nur technisch/kommerziell ermittelt wurden, sondern als politische Daten vorgegeben, und leider von der Industrie akzeptiert worden sind. Das Ergebnis ist in sehr vielen Fällen, dass die eigentlich geforderte Reihenfolge Projektierung-Serienreifmachung-Serie-Nutzungsphase

verlassen wird, und die Serienreifmachung beginnt, bevor das Entwicklungsergebnis vorliegt und die Serienfertigung ansetzt, bevor die Entwicklung und die Serienreifmachung abgeschlossen sind. Auch das führt zu wenig belastbaren Leistungsbeschreibungen, zu Mehrkosten, zu Lieferterminüberschreitungen und damit führt auch zu Frustration auf beiden Seiten, Industrie und Amt. Wenn Herr Ellinger wiederholt angemahnt hat, Verträge müssten erfüllt werden, so stimme ich dem voll zu, möchte aber gleichzeitig dann über die Art und Weise des Zustandekommens von Verträgen und die zugrundeliegende Politik auf Amts- und Industrieseite zu sprechen kommen.

Herr Kollege Dr. Kleine schließlich wird sich mit dem Kartellrecht befassen. Es ist kein besonders populäres Thema in der Wehrtechnik, aber ein wichtiges: Da nur die Bundesrepublik Deutschland bzw. die Bundeswehr Kriegswaffen besitzen dürfen, ergibt sich aus der Situation bereits ein Nachfragemonopol für Wehrtechnik in Deutschland. Es ist – diese Anmerkung sei mir erlaubt – typisch für den Nachfragemonopolisten, dass er es für bequem hielte, auch auf der Marktgegenseite mit nur einem Anbieter zu sprechen – was dann kaschiert wird mit der Bezeichnung „National Champion“. Denn ein Monopolist braucht keinen Wettbewerb mehr auf der Anbieterseite. Die Frage sei immerhin erlaubt, ob die National Champions in anderen Staaten – ich erwähne Frankreich oder das Vereinigte Königreich – für ihren jeweiligen Monopolkunden wirklich so viel besser sind, oder überhaupt besser sind, als die nach wie vor in Teilen wettbewerbsbestimmte deutsche Industrielandschaft. Nicht zuletzt das europäische Verteidigungspaket soll hier im europäischen Rahmen Änderungen herbeiführen, und auch dazu wird Herr Dr. Kleine uns Anregungen geben. Spannend daran ist vor allem, dass die EDA – von vielen gar nicht registriert – zum Thema Offset eine Auffassung veröffentlicht hat, die mit der Auffassung der Kommission unvereinbar ist. Herr Kleine wird uns vermitteln, wer von beiden eigentlich das Sagen hat.

Nicht nur in der Pause und beim Umtrunk nachher besteht Gelegenheit zum Gedankenaustausch - ich möchte Sie animieren, sich rege an der Diskussion im Anschluss an die Vorträge zu beteiligen.

Ich freue mich sehr auf die heutige Veranstaltung und wünsche uns allen ein gutes Gelingen.